

# Geheimverhandlungen in Paris.

Berlin, 23. Febr. Ueber die Verhandlungen, die von einigen Zentrumspolitikern mit führenden französischen Persönlichkeiten in der letzten Zeit gepflogen worden sind, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Unter der Vorgabe einer katholischen kulturpolitischen Fühlungnahme sind die Zentrumsmitglieder Brauns, Soos, Sammers, v. Papen nach Paris gereist und haben dort Besprechungen gehabt, die sich etwa in der Linie der bekannten Reichsbergischen Versuche bewegten. Man hat Grund zu der Annahme, daß die Reise nach Paris auf Anregung eines französischen Emigranten erfolgte und daß der Organisation dieser Reise gewisse preussische Stellen nicht fernstehen.

Die Besprechungen scheinen davon ausgegangen zu sein, daß Deutschland sich verpflichtet soll, jetzt noch nicht Revision des Youngplanes oder gar des Versailler Vertrages zu beantragen, da frühestens in zwei Jahren — nach der amerikanischen Präsidentenwahl — eine Aenderung der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage zu erwarten sei. In der Zwischenzeit solle Deutschland durch französische Kredite über Wasser gehalten werden. Die Tendenz der Besprechungen auf französischer Seite geht dahin, Deutschland bei der im nächsten Jahre bevorstehenden Abrüstungskonferenz offen oder insgeheim an die Seite Frankreichs zu führen. Um Deutschland dazu zu veranlassen, wird eine Besprechung der Ostfragen mit dem Ziele einer Vereinigung der Korridor- und Oberschlesienfrage in Aussicht gestellt und außerdem die Möglichkeit einer deutschen Aufrüstung erwogen. Voraussetzung dafür ist eine direkte deutsch-polnische Einigung und eine Ablehnung der deutschen Politik von Rußland und von allen anderen europäischen Mächten.

## Der neue deutsche Gesandte in Warschau

Berlin, 23. Febr. Der Ministerialdirigent in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Hans Adolf v. Moltke, ist zum Gesandten in Warschau ernannt worden. Moltke wurde 1913 Attaché bei der Gesandtschaft in Athen. 1920 wurde er dem Reichskommissar in Oppeln zugeteilt und 1921 zum Delegationssekretär ernannt. 1922 war Moltke Mitglied der Gemischten Kommission in Oberschlesien. 1925 erfolgte seine Ernennung zum Vizekonsul in Konstantinopel. 1928 wurde er Ministerialdirigent in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes.

## Staatssekretär von Capelle †.

Wiesbaden, 23. Febr. Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Eduard v. Capelle, ist im Alter von 75 Jahren an Herzschlag gestorben. Admiral v. Capelle wurde bekanntlich der Nachfolger des Großadmirals v. Tirpitz als Staatssekretär des Reichsmarineamts, als Tirpitz im März 1916 zurücktrat, nachdem es ihm nicht gelungen war, die deutsche Regierung zur Aufnahme des unbeschränkten U-Boots-Krieges zu bewegen.

## Ein neuer Reinfall?

Das beschlagnahmte SA-Material freigegeben.

Berlin, 23. Febr. Die Durchsicht des Materials, das bei den Hausdurchsuchungen in der Berliner Geschäftsstelle der nationalsozialistischen Sturmabteilungen beschlagnahmt wurde, ist nunmehr beendet. Der größte Teil der Dokumente ist bereits wieder vom Untersuchungsrichter freigegeben worden, vor allem die beschlagnahmte Kartei. Nur der Briefwechsel zwischen der Berliner SA-Leitung und Herrn v. Maltitz befindet sich noch in den Händen der Staatsanwaltschaft.

v. Maltitz aus Innsbruck ausgewiesen.

Innsbruck, 23. Febr. Hauptmann v. Maltitz, der bekanntlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, ist aus Österreich als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen worden. Maltitz hat sofort Berufung gegen diese Verfügung der Innsbrucker Polizei an das österreichische Innenministerium eingelegt. Vorläufig ist er zu einem Erholungsurlaub nach Bozen abgereist.

## Blutige Zusammenstöße in Stuttgart.

Stuttgart, 24. Febr. Gestern Abend kam es nach einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nationalsozialist erhielt einen Streifschuss am Kopf, ein Polizeiwachtmeister einen Wundschuß; schwer verletzt wurde der Polizeibeamte ins Krankenhaus gebracht. Später demonstrierten die Kommunisten auf dem Marktplatz gegen die wegen Abtreibung erfolgte Verhaftung des Arztes Dr. Wolf und der Ärztin Frau Dr. Jakobowich-Kienle. Als sie vor das Landgericht zogen, griff die Polizei ein und zerstreute die Demonstranten mit dem Gummiknüppel.

## Die Sattelbestellungen der Reichswehr.

Berlin, 23. Febr. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute unter dem Zeugenaufruf zahlreicher Offiziere und Beamten des Reichswehrministeriums und vieler Heereslieferanten der Prozeß gegen den Kaufmann Fritz Becker aus Potsdam und den Chefredakteur Hermann Zücker vom „Mittagsblatt“ wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung der Beamten des Reichswehrministeriums, insbesondere des Heereswaffenamtes. Es handelt sich bei diesem Prozeß um die Frage, ob das Reichswehrministerium 50 000 Sättel abgenommen habe, die sich nachher als undurchführbar erwiesen, und weiter um die Frage, ob bei diesen Bestellungen Schiebungen vorgekommen seien. Auf Grund der Zeugenvernehmung regte der Vorsitzende einen Vergleich zwischen den Parteien an. Der Angeklagte Becker gab daraufhin die Erklärung ab, daß er seine Vorwürfe gegen Beamte und Offiziere der Heeresverwaltung nicht aufrechterhalten könne und sie demnach zurücknimmt; Zücker schloß sich dieser Erklärung an. Der Reichswehrminister wird darüber als entscheidend haben, ob er seinen Strafantrag zurücknehmen will oder ob das Urteil gegen die beiden Angeklagten gesprochen werden soll. Die Verhandlung wurde vorläufig auf morgen vertagt.

## Warum Panama-Flagge?

Eine Erklärung der Reederei.

Hamburg, 23. Febr. In einer Erklärung weist der Besitzer der Reederei H. Bogemann, dessen Dampfer „Bogtland“ jetzt bekanntlich unter der Flagge von Panama fährt, darauf hin, daß es in der Vorkriegszeit in Deutschland, England und Amerika eine häufige Erscheinung gewesen sei, daß Schiffseigentümer aus Zweckmäßigkeits- oder Ersparnisgründen ihre Schiffe unter fremden Flaggen fahren ließen. Und auch nach dem Kriege hätten norwegische Schiffe die Panamaflagge gewählt, dagegen Amerikaner häufig die von Honduras. Im vorliegenden Fall hat ein Dampfer, der aus Privatkapital ohne irgend welche Staatsunterstützung erworben ist, die Flagge gewählt, da er bei den heutigen, unter deutscher Flagge für verbindlich erklärten Löhnen und den übertriebenen sozialen Lasten hätte aufgelegt werden müssen. Dadurch wären 32 Mann der Besatzung brotlos geworden und der Erwerbslosenfürsorge anheimgefallen. Es erscheint dem Reedereibesitzer daher praktischer und für die Allgemeinheit nützlicher, anstatt seine Schiffe aufzulegen, diese unter fremder Flagge fahren zu lassen und somit deutschen Seelenten Arbeit zu geben.

## Polnisches Schandurteil bestätigt.

Warschau, 23. Febr. Vor dem Berufungsgericht in Thorn fand die Verhandlung gegen den deutschen Landwirt Bruno Fude statt, der am 24. Oktober 1930 im Zusammenhang mit dem Grenzwissenschaftler bei Neuhöfen wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zu elf Jahren schweren Kerkers und zu 50 000 Zloty Geldstrafe verurteilt worden war. Das Berufungsgericht hat nach einer kurzen Verhandlung hinter geschlossenen Türen das Urteil der ersten Instanz in vollem Umfang bestätigt.

## Hindenburg an König Zogu.

Wien, 22. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg hat an König Zogu folgendes Telegramm gerichtet: „Eurer Majestät spreche ich anlässlich der Errettung von dem verabschiedungswürdigen Attentat voll Mitgefühl für das unglückliche Opfer meiner aufrichtigsten Glückwünsche aus.“ Weidmann stellt sich jetzt heraus, daß Ahmed Zogu den ihm zugesandten Schüssen entgangen ist, weil sein Adjutant, der erschossene Major Topollaj, dem König zum Verwechseln ähnlich sah. Die Attentäter haben vermutlich Topollaj für Ahmed Zogu gehalten. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß auch der Revolver des Königs vollständig ausgeschossen war, so daß also erwiesen ist, daß Ahmed Zogu sich selbst an dem Feuergefecht beteiligt hat. Für das Auto, das bei dem Attentat durch Revolvergeschosse durchlöchert wurde, scheint in Amerika großes Interesse zu bestehen. Ein in Wien weilender Amerikaner hat den Besitzern des Kraftwagens bereits ein außerordentlich hohes Kaufangebot gemacht.

## Die roten Hosen kommen wieder.

Paris, 23. Febr. Wie das französische Militär-Amtsblatt mitteilt, wird die rote Hose wieder in der französischen Armee eingeführt, vorläufig allerdings nur für das Offizierskorps. Die Infanterie-Offiziere werden künftig wieder breite rote Hosen tragen, die Artillerie und das Pionierkorps erhalten schwarze Hosen mit breiten roten Streifen; die Kavallerie wird wieder hellblau eingefleckt. Auch die Epauletten großen Formats mit Gold- und Silberverzierungen werden die beschriebenen Achselstücke wieder ersetzen.

## Das Bahnpeditionsmonopol der Firma Schenker & Co.

Die öffentliche Hand besitzt keine Gottähnlichkeit, aber mit göttähnlicher Unbesonnenheit pflegt sie ihre Lieblinge, schreiben die „Westfälischen Neuesten Nachrichten“. Diesmal handelt es sich um den Schenker-Vertrag der Reichsbahn und wir meinen, wir hätten den Namen Schenker schon einmal gehört. Damals handelte es sich um die Verpachtung der gesamten Berliner Häfen und Wasserstraßen an die Expeditionsfirma Schenker & Co. Auch damals hieß es, daß die Berliner Verkehrsstreikenden sich nicht zu helfen wußten, daß die Häfen daher einer Firma übergeben werden sollten, welche eine große Organisation hat und daher eine Verbilligung des gesamten Betriebs gewährleisten sollte. Seit 7 Jahren werden sämtliche Berliner Häfen und Wasserstraßen von der „Behala“, Berliner Hafen- und Lagerausgesellschaft, verwaltet, deren Aktien mit 75 Proz. in Händen der Firma Schenker & Co. liegen. Die vom Berliner Magistrat erwartete Betriebsverbilligung hat sich für die Geschäftswelt in wiederholten Spejereihöhungen ausgewirkt. Es wird auch behauptet, daß Schenker & Co. nunmehr bei der Stadt Berlin eine Anleihe von mehreren Millionen Mark aufgenommen haben und als Sicherheit dafür der Stadt die Berliner Häfen verpfändet haben, die der Stadt gehören!!! Jetzt taucht der Name Schenker & Co. wieder auf, und zwar im Zusammenhang mit einem Vertrag mit der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat ein Bahnpeditionsmonopol geschaffen und dieses einer zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft, der Deutschen Bahnpedition Schenker & Co., übertragen. Es ist ein etwas ungewöhnlicher Vorgang, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die selbst ein Monopol besitzt, zu einer so weitgehenden Maßnahme greift, die die bestehenden Expeditionsunternehmungen völlig ausschaltet, wenn sie sich nicht als Untervertreter der Firma Schenker & Co. in das Ganze einordnen wollen. Wir sagen offen heraus, daß das Ganze ein unerhöhter Schlag ins Gesicht der freien Wirtschaft ist. Und wir hoffen, daß der Deutsche Reichstag, der sowieso wieder einmal Gelegenheit nehmen sollte, die Reichsregierung auf frühere Ausschlußbeschlüsse bezüglich der Verkaufsstellen auf dem Reichsbahngelände hinzuweisen, wo die Reichsbahn auch Monopol schafft, jetzt einmal diesen ganzen Fragenkreis der Monopolausweitung energisch ansieht.

Nun wird allerdings gesagt, daß die Reichsbahn hierbei auch mehr an die Sicherung eines Kredites als an den planmäßigen Ausbau des Expeditionswesens gedacht habe. Die Firma Schenker & Co. soll einen ungedeckten Kredit von 29 Millionen RM. bei der Reichsbahn laufen haben, für den Sicherheiten nicht vorhanden sind, weil der größte Teil der Speichelanlagen der Firma Schenker & Co. nur gemietet ist oder sich auf bahneigenem Gelände befindet. Die Reichsbahn hat also offenbar, um den Schuldner auf jeden Fall zahlungs-

## Das Mittelmeerstoppproblem.

England als „stiller Kasser“.

Paris, 23. Febr. Der englische Außenminister Henderson und der Erste Lord der Admiralität, Alexander, sind heute nachmittag in Paris eingetroffen, um die Verhandlungen über eine Einschränkung der Seerüstungen, die schon seit geraumer Zeit in Paris zwischen dem Abteilungschef im Foreign Office, Craigie, und der französischen Regierung im Gange sind, fortzusetzen.

Auf englischer Seite scheint man sich heute Abend darauf beschränkt zu haben, alle früher von den Sachverständigen zugunsten der englischen These entwickelten Argumente wieder aufzunehmen. Die Diskussion hat heute noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Sie soll morgen während des ganzen Tages fortgesetzt werden. Die englischen Minister hoffen jedoch, eine Einigung zwischen der französischen und englischen Regierung zustandebringen zu können. In diesem Fall ist es nicht unmöglich, daß sie sich von Paris aus direkt nach Rom begeben, um ebenfalls die Zustimmung Italiens zu dem Londoner Flottenabrüstungsabkommen zu erlangen.

## Griechen beschließen französischen Dampfer.

Paris, 23. Febr. Wie aus Athen gemeldet wird, hat ein griechisches Küstenwachtschiff bei Areta einen kleinen französischen Dampfer, der sich auf dem Wege nach dem Persischen Golf befand, unter Feuer genommen, da das französische Fahrzeug irrtümlicherweise für ein Schmugglerschiff gehalten wurde. Ueber das Schicksal des beschossenen Dampfers liegen keine näheren Angaben vor, doch soll an Bord niemand verletzt worden sein. Die Behörden haben eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

## Bedrohliche Lage in Peru.

Lima (Peru), 23. Febr. Die Lage in Peru wird für die Regierung Sanchez Cerro, gegen die sich ein bewaffneter Aufstand erhoben hat, immer bedrohlicher. Die Garnison Arequipa, der Ausgangspunkt der Militärrevolte unter Führung Aurelio Garcias, ist in den Händen der Aufrechter. Nach anderen Berichten steht bereits der ganze Süden unter der Herrschaft der Revolutionäre.

Associated Press meldet aus Guayaquil: Ein Passagier, der mit einem Flugzeug heute früh Lima verlassen hatte, berichtete, daß während des Aufstandes am Freitag mindestens 200 Personen getötet worden seien.

Der provisorische Präsident von Peru, Louis Cerro, hat seine Kandidatur für die Präsidentschaft zurückgezogen.

Berlin, 23. Febr. Das bis zum 28. Februar 1931 abgeschlossene deutsch-rumänische vorläufige Handelsabkommen vom 18. Juni 1930 ist bis auf weiteres verlängert worden.

Berlin, 23. Febr. Der Jungdeutsche Orden wird nach einer Erklärung Wahrauns seinen Mitgliedern empfohlen, für das Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtages zu stimmen. Ferner schlug Wahraun ein Volksbegehren auf Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg auf Lebenszeit vor.

Paris, 23. Febr. Heute ist die erste europäische Agrarkonferenz im großen Ahrensaal des französischen Außenministeriums von Briand eröffnet worden. Auf der Auschustagung sind 24 Staaten vertreten, so daß von den 27 europäischen Völkern nur Portugal, Litauen und Albanien fehlen.

Newport, 23. Febr. Nach einer Meldung aus Asuncion (Paraguay) ordneten die dortigen Gewerkschaften den Generallstreik an. Er soll so lange durchgeföhrt werden, bis die Regierung den Ausnahmezustand aufhebt und die während der Arbeiterwirren Verhafteten freiläßt.